



Bildung braucht Vielfalt, Gestaltungsfreiheit, Partnerschaften und Verlässlichkeit

Die Arbeitsgemeinschaft der Schulen in freier Trägerschaft Berlin (AGFS Berlin) ist der freiwillige Zusammenschluss nicht-staatlicher Bildungseinrichtungen. Unser Ziel ist die Sicherstellung freier Bildung im Land Berlin. Hier arbeitet eine Vielzahl unterschiedlicher Träger zusammen, insbesondere das Erzbistum Berlin, die Schulstiftung der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz, das Canisius-Kolleg, die Landesarbeitsgemeinschaft der Waldorfschulen in Berlin-Brandenburg, der Dachverband Berliner Kinder- und Schülerläden, der Landesverband Berlin des Paritätischen Wohlfahrtsverbands, der Landesverband VDP Berlin-Brandenburg.

Mit diesem Papier möchten wir eine Messlatte für die um die Stimmen der Berlinerinnen und Berliner konkurrierenden Parteien für die Abgeordnetenhauswahlen 2011 beschreiben. Es geht um die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Bildung.

Bildung braucht Individualität und Vielfalt

Bildung ist stets ein individueller Prozess der Weltaneignung, gelingt jedoch gleichzeitig nur in der Auseinandersetzung mit anderen. Aufgabe von Schule ist es, diesen Selbstbildungsprozess bei allen Kindern bestmöglich zu begleiten, zu unterstützen und anzuregen. In einer pluralistischen Gesellschaft ist ein vielfältiges Bildungswesen dafür unerlässliche Notwendigkeit.

Bildung braucht Gestaltungsfreiheit und Zeit

In der Art und Weise, wie Schulen geleitet und verantwortet werden, gilt es, tragfähige Modelle kreativer, verlässlicher Formen zu ermöglichen und zu sichern, die der zunehmenden Geschwindigkeit der Veränderungen der digitalisierten und globalisierten Welt standhalten können.

Da Schule jeweils den gesellschaftlichen Konsens abbildet, andererseits politisch leicht instrumentalisiert wird, hinken zentrale Bildungsentscheidungen oft hinter den realen Entwicklungen hinterher. Andererseits wirken politisch erwirkte Veränderungen („Reformen“) im Bildungssystem oft erst nach langen Zeiträumen. Keine Reform geschieht allein durch die juristische Verabschiedung, sondern scheitert oder gelingt im Lehrer- und Klassenzimmer.

Bildung braucht Partnerschaften und Austausch

Partnerschaften auf allen denkbaren Ebenen innerhalb der Schulen, in der Nachbarschaft, in der Gemeinde wie auch in der virtuellen Welt sind unabdingbar. Neben den bezahlten Profis mit unterschiedlichen Qualifikationen wird die Bedeutung freiwilliger Mitwirkung im Ehrenamt wichtiger. Elternbildung und Patenprojekte müssen den demographischen Wandel aktiv begleiten, wenn „bildungsferne“ Elternkonstellationen ermutigt werden sollen, ihren Kindern eine Chance auf Mitwirkung an der Gesellschaft zu geben. Ziel müssen Verantwortungsgemeinschaften von Kindern und Jugendlichen, ihren Eltern, den Pädagoginnen und Pädagogen und den Partnern sein, die Veränderungen innerhalb und außerhalb der Schule aufnehmen und gestalten.

Bildung braucht Verlässlichkeit und Anerkennung

Gute Schulen fallen nicht vom Himmel, sie entwickeln sich durch ihre Akteure. Verlässliche Rahmenbedingungen in den materiellen und pädagogischen Kernbereichen sind hierbei genauso unerlässlich, wie die Anerkennung für Geleistetes. Gute Beispiele zu stärken, anzuerkennen, bekannt zu machen, zur Diskussion zu stellen, ermöglicht anderen, selbst ermutigt zu werden. Dazu müssen sie sich darauf verlassen können, dass zugesagte Rahmenbedingungen auch langfristig erhalten werden.

Was bedeutet dies für Schulen in freier Trägerschaft?

Freie Schulen haben eigene Spielräume und sind oft Vorreiter für pädagogische Innovationen, die im Zusammenspiel vom Bürgerwillen und der Innovationsfreude beteiligter Eltern, Lehrer und Schulträger entstehen. Sie sind zugleich lebendiger Ausdruck der Wertevielfalt unserer Gesellschaft.

Die Einbeziehung *aller* an pädagogischen Prozessen Beteiligten erfordert eine Zusammenarbeit, die die freien Schulen bewusster und gleichberechtigter neben den staatlichen Schulen fördert und

unterstützt und diese dabei *für alle* zugänglicher macht. Die AGFS versteht freie Schulen als öffentliches, gemeinnütziges und gemeinwesenorientiertes Angebot und nicht als kommerzielles Feld. Schulen sollten allen gleichermaßen zugänglich sein, denn erst dadurch kann sich ein stärkerer und dringend notwendiger Wettbewerb der Ideen entfalten.

Die aktuelle Finanzierung freier Schulen orientiert sich an den Ausgaben staatlicher Schulen. Als Bezugsgröße dienen im Schulgesetz alleine die „vergleichbaren Personalkosten“ staatlicher Schulen. Sie hat sich in der Praxis als wenig verlässliche Größenordnung erwiesen. Alle Kosten der Reinigung, Gebäudewirtschaft, Unterrichtsmaterialien, Bibliotheken oder digitaler Kommunikationsmöglichkeiten bleiben bei der Bemessung der Zuschüsse ausgenommen. Neben Kürzungen im Jahr 2002 bewirkte Outsourcing (die buchhalterische Umwandlung von Personalkosten in Sachkosten) wiederholt, dass die reale Finanzierung gemessen an den Vollkosten von Schule absank (ohne jegliche Änderung der gesetzlichen Finanzierungsgrundlage). So wird den freien Schulträgern – je nach Schultyp – tatsächlich nur zwischen 57% und 67% der Kosten der Vollkosten einer staatlichen Schule refinanziert. Somit entlasten Elternhäuser und Mitarbeiter freier Träger die öffentlichen Haushalte des Landes Berlin erheblich.

Was erwarten wir von der Politik?

Die AGFS erwartet für die kommende Legislaturperiode 2011-2016 von den im Berliner Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien, dass

- bei Schulreformen die Belange der Schulen in freier Trägerschaft von Beginn an berücksichtigt und mit ihren Vertretern frühzeitig besprochen werden,
- die Zuschüsse für freie Schulen auf Grundlage der Gesamtkosten, die für eine vergleichbare staatliche Schule unter Berücksichtigung aller Kosten (Vollkostenmodell) angesetzt werden, ermittelt und auf dem Verhandlungsweg zwischen den freien Schulträgern und dem Land Berlin festgelegt werden,
- eine Zielvereinbarung festgelegt wird, in welchem Zeitraum die staatlichen Zuwendungen für Schulen in freier Trägerschaft die vorgegebene Zielmarke von mindestens 80% der Vollkosten staatlicher Bildungseinrichtungen erreichen (zum Vergleich: Hamburg erreicht im Jahre 2011 bereits 85% der Vollkosten vergleichbarer staatlicher Bildungseinrichtungen),
- neue Schulen von Anfang an refinanziert werden (zumindest aber Ausgleichszahlungen erhalten nach Ablauf einer Wartefrist, die drei Jahre nicht überschreiten darf),
- für die beruflichen Schulen eine für sie angemessene Finanzierung erarbeitet wird.

Die AGFS wird sowohl die politischen Programme als auch das gesellschaftliche Handeln der im Berliner Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien an diesen Punkten messen.

Berlin, 19. Januar 2011

Dr. Detlef Hardorp, LAG der Waldorfschulen

Martin Hoyer, Paritätischer Wohlfahrtsverband Berlin e.V.

Roland Kern, Dachverband Berliner Kinder- und Schülerläden (DaKS) e.V.

Klaus Mertes, Rektor des Canisius-Kollegs

Frank Olie, Schulstiftung der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg – schlesische Oberlausitz

Hans-Peter Richter, Dezernatsleiter Schule, Hochschule und Erziehung im Erzbistum Berlin

Andreas Wegener, Vorsitzender des VDP LV B/BB

Neueste korrigierte Fassung vom 24. Februar 2011